Rechtssache C-21/88

Du Pont de Nemours Italiana SpA gegen Unità sanitaria locale Nr. 2 von Carrara

(Vorabentscheidungsersuchen
des Tribunale amministrativo regionale della Toscana)

„Öffentliche Lieferaufträge — Vorbehalt von 30 % dieser Aufträge
zugunsten der in einem bestimmten Gebiet ansässigen Betriebe“

Sitzungsbericht	890
Schlußanträge des Generalanwalts Carl Otto Lenz vom 28. November 1989	902
Urteil des Gerichtshofes vom 20. März 1990	916

Leitsätze des Urteils

- 1. Freier Warenverkehr — Mengenmäßige Beschränkungen — Maßnahmen gleicher Wirkung — Vorbehalt eines Anteils an einem öffentlichen Auftrag zugunsten der in einem bestimmten Teil des Staatsgebiets ansässigen Betriebe — Unzulässigkeit — Maßnahme, die nur einen Teil der inländischen Erzeugung begünstigt — Unbeachtlich
(EWG-Vertrag, Artikel 30)*
- 2. Freier Warenverkehr — Mengenmäßige Beschränkungen — Maßnahmen gleicher Wirkung — Maßnahme, die als Beihilfe im Sinne des Artikels 92 EWG-Vertrag qualifiziert werden kann — Möglichkeit, die die Anwendbarkeit des Verbots von Maßnahmen gleicher Wirkung nicht ausschließt
(EWG-Vertrag, Artikel 30 und 92)*

1. Artikel 30 EWG-Vertrag steht einer nationalen Regelung entgegen, die den in bestimmten Teilen des Staatsgebiets ansässigen Betrieben einen prozentualen Anteil an öffentlichen Lieferaufträgen vorbehält.

Zwar entfaltet ein solches Vorzugssystem seine beschränkenden Wirkungen gegenüber den Erzeugnissen, die von Betrieben des fraglichen Mitgliedstaats hergestellt werden, die nicht in dem unter das Vorzugssystem fallenden Gebiet ansässig

sind, im gleichen Maße wie gegenüber Erzeugnissen, die von in den anderen Mitgliedstaaten ansässigen Betrieben hergestellt werden, doch sind alle Erzeugnisse, denen das Vorzugssystem zugute kommt, inländische Erzeugnisse. Außerdem ist eine staatliche Einfuhrmaßnahme nicht deshalb von Artikel 30 ausgenommen, weil ihre beschränkenden Wirkungen nicht alle, sondern nur einen Teil der inländischen Erzeugnisse begünstigen.

2. Die Beihilfenvorschriften des EWG-Vertrags können keinesfalls dazu dienen, den Vorschriften des EWG-Vertrags über den freien Warenverkehr ihre Wirkung zu nehmen. Die einen wie die anderen verfolgen das gemeinsame Ziel, den freien Warenverkehr zwischen Mitgliedstaaten unter unverfälschten Wettbewerbsbedingungen sicherzustellen. Der Umstand, daß eine einzelstaatliche Maßnahme möglicherweise als Beihilfe im Sinne von Artikel 92 betrachtet werden kann, stellt keinen hinreichenden Grund dafür dar, sie vom Verbot des Artikels 30 auszunehmen.

SITZUNGSBERICHT in der Rechtssache C-21/88 *

I — Rechtlicher Rahmen

1. Nationale Bestimmungen

1. Der Sachverhalt, auf dem der Ausgangsrechtsstreit beruht, betrifft im wesentlichen die italienische Regelung, die den in den Gebieten des Mezzogiorno ansässigen Unternehmen einen prozentualen Anteil an öffentlichen Lieferaufträgen vorbehält.

2. Der Grundsatz des „Vorbehalts“ geht auf das Decreto-legge CPdS Nr. 40 vom 18. Februar 1947 zurück, das die Zentralverwaltung ermächtigte, bis zu ein Sechstel der Lieferungen bei in bestimmten südlichen Gebieten Italiens ansässigen Unternehmen

zu beziehen. Später wandelte das Gesetz Nr. 835 vom 6. Oktober 1950 diese Möglichkeit in eine Verpflichtung um.

3. Der Vorbehalt wurde in allen Gesetzen über Maßnahmen zugunsten des Mezzogiorno bestätigt und aufrechterhalten; das letzte dieser Gesetze ist das Gesetz Nr. 64 vom 1. März 1986 (Disciplina organica dell'intervento straordinario nel Mezzogiorno, im folgenden: Gesetz 64/86).

4. In Artikel 17 Absätze 16 und 17 dieses Gesetzes heißt es wie folgt:

„16. Die in Artikel 113 Absatz 1 des erwähnten Testo unico vorgesehene Ver-

* Verfahrenssprache: Italienisch.